

Preisschock dämpfen

Gewerkschaftsnahes Institut fordert Deckel bei Stromkosten. Ministerin Reiche bringt Senkung der Stromsteuer ins Spiel - für alle

Von Oliver Rast

Konflikte und Kriege sind Preistreiber - etwa im Energiesektor. Der Iran-Krieg hat die Gaspreise stark nach oben getrieben. Wegen des aktuellen »Strommarktdesigns« schlagen teurere Gasimporte rasch auf die Strompreise durch - mit erheblichen Belastungen für Unternehmen und vor allem Privathaushalte. Eine befristete Subvention für in Kraftwerken eingesetztes Erdgas, nach dem Vorbild Spaniens und Portugals während der Energiepreiskrise 2022, könnte diesen Preisanstieg wirksam dämpfen. Das zeigt eine am Montag vorgestellte Studie vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung.

Je nach Gaspreisentwicklung ließe sich für Deutschland derzeit eine jährliche Entlastung von rund 7,3 Milliarden Euro erzielen. Das würde nicht nur Haushalte und Betriebe spürbar entlasten, sondern auch die Inflation bremsen und das Wirtschaftswachstum stützen, so die Studienmacher.

Globale Preissteigerungen bei Erdgas und Erdöl wirken sich unmittelbar auf die europäischen Stromkosten aus. Grund dafür ist das Merit-Order-Prinzip, nach dem an der Strombörse meist das teuerste zur Deckung der Nachfrage benötigte Kraftwerk den Preis bestimmt. Häufig sind das Gaskraftwerke.

Selbst wenn der Großteil des Stroms aus günstigeren Quellen wie erneuerbaren Energien stammt, setzt der Preis dieser teuren Anlagen das Niveau für den gesamten Markt. Steigen die Gaspreise, übertragen sich diese Kosten daher schnell auf den Strompreis.

Branchenkenner erwarten ein dauerhaftes Strompreisniveau von mehr als 150 Euro pro Megawattstunde (MWh) - ein Level, das seit 2023 nur an einzelnen Tagen erreicht wurde. Zum Vergleich: Nach Beginn des Ukraine-Krieges schossen die Preise 2022 zeitweise auf mehr als 400 Euro pro MWh. »Auch wenn die Gas- und Strompreise noch deutlich entfernt vom Niveau der Energiepreiskrise aus dem Jahr 2022 sind, sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten versuchen, Maßnahmen zu ergreifen, eine durch den geopolitischen Konflikt angeheizte Gaspreisentwicklung vom Strommarkt zu entkoppeln«, schreiben die Autoren. Soweit zur Situationsbeschreibung.

Und nun zur Handlungsempfehlung - genauer zum sogenannten Iberischen Mechanismus. Den haben Spanien und Portugal 2022 eingeführt, er dient als indirekter, zeitlich befristeter Preisdeckel für Erdgas zur Stromerzeugung. Bei den Geboten der Gaskraftwerke wird nicht der aktuelle Marktpreis, sondern ein deutlich niedrigerer Referenzpreis angesetzt. Dadurch sinken die

Angebotskosten für gasbasierten Strom, und der Übertrag steigender Gaspreise auf den Strommarkt wird wirksam begrenzt.

Im Rahmen dieses Mechanismus erhalten Betreiber von Gaskraftwerken eine Ausgleichszahlung für die Differenz zwischen tatsächlichem Gaspreis und Referenzpreis. Finanziert wird diese Kompensation über eine Umlage, die Energieversorger und industrielle Großkunden tragen - und die die Versorger in der Regel an Endverbraucher weitergeben. Trotz dieser Umlage bleibt das Modell für Stromkunden insgesamt deutlich günstiger. Das zeigen die Erfahrungen in Spanien und die Berechnungen des IMK. Ähnlich argumentierten Experten vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln am Sonnabend gegenüber dem *Handelsblatt*. Der Kostenvorteil steigt demnach mit dem Anteil günstiger erneuerbarer Energieträger, weil dann nur ein kleiner Teil des Stroms aus Gas erzeugt und entsprechend kompensiert werden muss.

Apropos Verbraucherpreise und Stromsteuer. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) drängt auf eine baldige Senkung. »Das muss kommen, sobald im Haushalt Spielräume dafür da sind«, sagte sie am Montag der *Rheinischen Post*. Auch Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) habe zugesagt, alle Möglichkeiten zu prüfen, um die Stromsteuer für alle Verbraucher zu reduzieren.

Die »schwarz-rote« Bundesregierung hatte zugesagt, die Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestniveau von 0,50 Euro je Megawattstunde (0,05 Cent pro Kilowattstunde) zu senken. Realisiert wurde die Maßnahme bislang aber nur für Industrie, produzierendes Gewerbe sowie Land- und Forstwirtschaft. Private Haushalte und sonstige Unternehmen profitieren davon nicht - und bleiben der kriegsbedingten Preistreiberei ausgeliefert.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522784.energiepolitik-preisschock-daempfen.html>